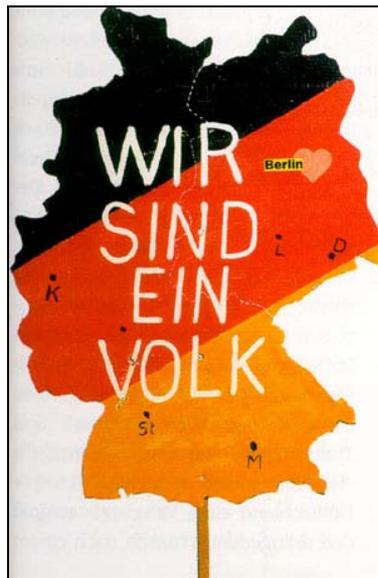


Humboldt-Universität Berlin  
Institut für Geschichtswissenschaften  
Hauptseminar „Demokratische Revolution und nationale  
Wende 1989/90“ im Wintersemester 2006/07  
Dozent: Prof. Dr. Gerd Dietrich

# **Von „*Wir sind das Volk*“ zu „*Wir sind ein Volk*“ Die Wende während der Wende**

*Eigentlich wollten die Demonstranten im Herbst 1989 die  
DDR erneuern. Aber nach dem unerwarteten Mauerfall  
riefen sie nach viel mehr – nach Wiedervereinigung. Wann  
und wie kam es zu diesem Stimmungswandel?*

Hausarbeit vorgelegt von Michael Bartnik  
Student der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft  
(Magister-Hauptfach), Neueren Geschichte und Soziologie  
(Nebenfächer) an der Freien Universität Berlin  
E-Mail [michael.bartnik@web.de](mailto:michael.bartnik@web.de)  
Berlin, 31. März 2007



*Abbildung 1: „Wir sind ein Volk“: Dieses oft zitierte Pappschild befindet sich in der Sammlung des Deutschen Historischen Museums Berlin<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> Bildquelle: Deutsches Historisches Museum Berlin  
[http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/DieDeutscheEinheit\\_schildWirSindEinVolk/index.html](http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/DieDeutscheEinheit_schildWirSindEinVolk/index.html)

*„Die DDR ging unter, als sie gerade anfing, Spaß zu machen. Und zwar nicht nur für ein paar dutzend Bürgerrechtler, sondern für Millionen Menschen, die endlich ihr Schicksal in die Hand genommen hatten: demonstrieren gingen, auf Versammlungen sprachen, Resolutionen verfassten, sich neuen Gruppen anschlossen, Plakate malten, Häuser besetzten, Parteien und Verbände gründeten, Menschenketten bildeten, unabhängige Studenten- und Betriebsräte wählten, Flugblätter druckten, die alten Chefs absetzten, in Städten und Dörfern Runde Tische einrichteten. So viel Selbstbestimmung war nie. Und damit so viel Selbstbewusstsein. Das darf nicht vergessen werden, wenn man sich wundert, wie hartnäckig viele Neubundesbürger ihre Erfahrungen und Biographien verteidigen.“ Daniela Dahn<sup>2</sup>*

3/23

---

<sup>2</sup> Dahn 1996: Seite 11

# Von „*Wir sind das Volk*“ zu „*Wir sind ein Volk*“ Die Wende während der Wende

1. Einleitung .....	5
2. Rekonstruktion des „deutschen Rufes“ .....	7
3. Rückschau: BRD und DDR und die Deutsche Einheit .....	9
4. Die Akteure und ihre Positionen .....	10
5. Neue Demonstrierende in den Straßen .....	15
6. Zustimmung für die Wiedervereinigung .....	17
7. Fazit: Wirkung zweier Modelle .....	20
8. Chronik wichtiger Ereignisse .....	22
9. Literatur .....	23

## Einleitung

Der eingangs zitierte Absatz aus Daniela Dahns Buch „Westwärts und nicht vergessen – Vom Unbehagen in der Einheit“ und dieses aussagekräftige Transparent aus dem Herbst 1989 sind zwei konträre Symbole für die damalige Entwicklung. Sie stehen für eine in der Forschungsliteratur immer wieder aufgegriffene „Wende während der Wende“.

Zunächst war die Idee, das eigene Land zu erneuern und Kraft seines eigenen Wirkens zu verbessern. Jahrzehnte lang war es kaum möglich, selbst zu gestalten. Das hatte man sich selbst auf der Straße herdemonstriert. Nun schienen in dieser engagierten, couragierten, kreativen Zeit des Aufbruchs Türen und Tore für eine bessere DDR offen zu stehen. Immer wieder wurde der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zitiert.

Beispiele, wie DDR-Bürger begannen, ihre Lebens- und Arbeitswelt selbst zu gestalten, fasst Christoph Links in seinem Buch „Das wunderbare Jahr der Anarchie“ zusammen. Dort ist beschrieben, wie die Redakteure im staatlichen Rundfunk nach dem Rücktritt des Rundfunkkomitees eigene Redaktionsräte bildeten. Wehrdienstleistende bei der Marine in Stralsund rügten ihren Offizieren verkürzte Dienstzeiten ab. Als in Rostock bekannt wurde, dass Oberbürgermeister und Schulrat MfS-Mitgliedern Lehrerstellen an Schulen vermittelt hatten, besetzte die Bürgerinitiative das Rathaus.<sup>3</sup>

5/23

Doch nach dem Mauerfall: Die Menschen gehen für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik auf die Straße. Statt die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, wählen sie die benachbarte Kopie eines jahrzehntelang als Feindbild propagierten Gesellschaftsmodells.

Meine Arbeit beschäftigt sich mit der Frage: Wie kam es zu diesem Stimmungswandel? Waren es immer noch die gleichen Demonstrierenden auf der Straße? Warum forderten die einen etwas anderes als die anderen?

### Zeitliche Einordnung

Die Literatur bietet verschiedene Vorschläge die Zeit der Wende bis zur Wiedervereinigung zu gliedern. Eine für die oben genannten Fragen geeignete Gliederung liefert Bernd Lindner<sup>4</sup>. Er versucht nicht die politischen Meilensteine abzustecken, stattdessen schärft er den Blick für „das Volk“, die Demonstrierenden auf der Straße.

1. Etappe: Bewusstwerden der eigenen Kraft  
4. September bis 9. November 1989
2. Etappe: Prozess der Politisierung der Unpolitischen  
Ende September bis 9. November 1989
3. Etappe: Erlebnis Pluralismus  
9. November bis Januar 1990
4. Etappe: Rückdelegieren des politischen Handelns an die Berufspolitiker  
Januar bis März 1990

---

<sup>3</sup> Bahr 2004: Seite 74ff, Seite 162ff, Seite 175ff

<sup>4</sup> Lindner 2001: Seite 66

Markstein ist bei Lindner, wie bei den meisten Autoren, der Mauerfall am 9. November 1989. Nach dem Dambruch beginnt die „Wende während der Wende“. Ab hier ist der Stimmungswandel zu verorten. In meinen Ausführungen betrachte ich die Zeit bis zu Helmut Kohls Dresdenbesuch am 19. Dezember und der großen Silvesterfeier am Brandenburger Tor. Denn dann war die Entscheidung gefallen. Diese symbolträchtigen, in der Medienberichterstattung ausschweifend dargestellten Ereignisse verhalfen dem Stimmungswandel schlussendlich zum Durchbruch. Vor allem, weil sie mit außergewöhnlich viel Emotionalität behaftet sind.

In dieser Arbeit betrachte ich Lindners 3. Etappe „Erlebnis Pluralismus“. Mich interessiert die Perspektive der Demonstrierenden, nicht die Sicht vom politischen Parkett aus. Lindner bemerkt zu Recht, dass sich die Etappen überlagern. Seine 4. Etappe „Rückdelegieren des politischen Handelns an die Berufspolitiker“ bezieht er auf die abebbenden Demonstrationen und zunehmende Konstitution der neuen politischen Strukturen in Ostdeutschland. Aber auch die politischen Akteure in Bonn und Moskau auf und vor allem hinter der Bühne beobachteten die Vorgänge in der DDR genau. Spätestens mit Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan und den vorherigen Absprachen mit der Sowjetunion griff die Bundesregierung entscheidend ins Geschehen ein. Sie übernimmt das Zepter des Handelns. Dabei agierte sie nicht nur auf nationalem sondern auf internationalem, diplomatischem Parkett. Und das war bereits im November 1989.

6/23

Dieses „weltpolitische Machtspiel“ wird an dieser Stelle ausgeblendet und stattdessen auf die ausführlichen und erhellenden Beschreibungen von Alexander von Plato verwiesen.<sup>5</sup>

## Vorgehen

In meiner Arbeit werde ich mich zunächst den im Titel aufgegriffenen Losungen „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ widmen. Wofür stehen diese in allen Geschichtsbüchern und Dokumentationen zitierten Aussagen heute? Und wann wurden sie das erste Mal verwendet?

Die Idee der Wiedervereinigung<sup>6</sup> entstand nicht erst im November 1989. Im kulturellen Gedächtnis sowohl der Ostdeutschen als auch der Westdeutschen war sie auch nach dem Mauerbau noch verankert – und Thema der politischen Agenda. Darauf werfe ich einen kurzen Blick.

Anschließend werde ich auf die Ereignisse und Positionen vom Mauerfall bis Dresden und Silvester eingehen. Jeweils aus dem Blick der unterschiedlichen Akteure: Modrows Vertragsgemeinschaft, Kohls Zehn-Punkte-Plan, die gespaltene westdeutsche Opposition, die „Für unser Land“ kämpfende Bürgerbewegung. Schließlich diskutiere ich, welche Wirkung das auf die Demonstrierenden auf der Straße gehabt haben muss.

Ferner betrachte ich, wer nach dem Mauerfall auf die Kundgebungen gegangen ist und wie sich Stimmung und Forderungen änderten. Dabei werde ich auf Umfragen und Untersuchungen zurückgreifen. Durch die zeitliche Nähe, die gute Aktenlage und die Vielzahl von Zeitzeugen ist kaum eine Zeit so gründlich erforscht, wie die der DDR und ihres Endes. Zur besseren Orientierung über diese ereignisreiche Zeit, in der sich die Dinge mit bemerkenswerter Geschwindigkeit entwickeln, habe ich im Anhang eine verkürzte Chronik beigelegt.

---

<sup>5</sup> Von Plato 2003

<sup>6</sup> Begriffsklärung: Die Bezeichnung „Wiedervereinigung“ wird im Folgenden wohl wissend verwendet, obgleich rein rechtlich die Vereinigung zwischen DDR und Bundesrepublik keine „Wiedervereinigung“ war. Schließlich waren die beiden 1949 gegründeten Staaten in ihrer damaligen staatsrechtlichen Form nie eins. Korrekt ausgedrückt handelt es sich um den „Beitritt der DDR zum Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland“ nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik. Im Verständnis der damaligen Demonstranten handelt es sich um eine „Wiedervereinigung“ eines geteilten Deutschlands. Da auch heute dieser Begriff in der Fachliteratur so verwendet wird, sei er an dieser Stelle kurz reflektiert aber dennoch übernommen.

## Rekonstruktion des „deutschen Rufes“

Heute stehen die Losungen „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ stellvertretend für die Wende als „demokratische Revolution“. Setzt man sich näher mit ihnen auseinander, offenbart sich, dass sie gegensätzliches bedeuten. Sie verdeutlichen einen Wandel innerhalb des Wendeprozesses.

Mit der Parole „Wir sind *das* Volk“ appellieren die Demonstranten, dass die Herrschenden die Interessen der Bevölkerung statt Eigeninteressen vertreten sollen. Sie wollen der „SED-Politbürokratie“ zeigen, dass nicht die in Regierungsverantwortung sitzenden, sondern die Bevölkerung in den Betrieben, Kombinat, LPGs und auf der Straße den „Souverän“ ausmachen – so wie es das sozialistische Weltbild vorsieht.

Als Allegorie für die Wende während der Wende steht die zweite Losung „Wir sind *ein* Volk“. Sie betont die nationale Zusammengehörigkeit Ost- und Westdeutschlands. Damit ist er der Ruf nach Vereinigung der DDR mit der damaligen Bundesrepublik gemeint, so wie er nach dem Mauerfall am 9. November 1989 immer stärker auf die Agenda rückte.

7/23

Im Deutschen Historischen Museum Berlin ist ein immer wieder zitiertes 60 mal 80 Zentimeter großes Pappschild ausgestellt: in Form eines vereinten Deutschlands, in schwarz-rot-goldener Farbe bemalt, mit der Aufschrift „Wir sind ein Volk“. Selbst die Historiker des Museums können nicht rekonstruieren, an welchem Tag es das erste Mal auf einer Demonstration hochgehalten wurde.<sup>7</sup>

Die Deutschlandradio-Redakteurin Vanessa Fischer und der Journalist der Süddeutschen Zeitung Siegfried Stadler<sup>8</sup> haben in ihren Features rekonstruiert, wann die ‚deutschen Rufe‘ „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ das erste Mal aufgetaucht sind. Auch wenn beide heute selbstverständlich verwendet werden, war das keine leichte Aufgabe. Selbst eine mehrmonatige Recherche im Archiv der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ brachte keine Aufklärung.<sup>9</sup>

Hingegen wird in der konsultierten Literatur fast übereinstimmend datiert, wann der Ausspruch „Wir sind *das* Volk“ das erste Mal auftauchte. Er soll im Vorfeld des 9. Oktober in Leipzig entsta-

nden sein. Zu dieser Richtung weisenden Montagsdemonstration nach den Feierlichkeiten in Berlin zum 40. DDR-Geburtstag stand den 70.000 Demonstranten in Leipzig ein ungekanntes Aufgebot an Sicherheitskräften gegenüber. Befürchtet wurde eine gewaltsame „Chinesische Lösung“ wie nach den Demonstrationen in Peking. Damals riefen die „Leipziger Sechs“, eine Koalition von Sekretären der SED-Bezirksleitung und Prominenten um den Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, zur Besonnenheit, zum friedlichen Dialog und einer gewaltfreien Demonstration auf. Auf der Kundgebung wurde lauthals „Wir sind *das* Volk“ gerufen.<sup>10</sup>

Auch der Slogan „Wir sind *ein* Volk“ soll um den 9. Oktober entstanden sein. Allerdings mit einer ganz anderen Konnotation: Schon im Sommer 1989 hatten die Zeitungen mehrfach über die „Zusammenrottungen von Rowdys“ in der Leipziger Innenstadt berichtet, die die sozialistische Ordnung stören wollten. Ein Beispiel ist der Leitartikel in der Leipziger Volkszeitung vom 25. Juni 1989 „Was trieb Frau K. ins Stadtzentrum?“ mit der Zwischenüberschrift „Alle Vorzüge genießen,

---

<sup>7</sup> Fischer 2005

<sup>8</sup> Fischer 2005 sowie Stadler 2004

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Stadler deckt auf, dass dieser Spruch bereits am 2. Oktober zu hören war. Damals kesselte die Volkspolizei 2.000 Demonstranten auf dem Leipziger Thomaskirchhof ein. Als die Sicherheitskräfte per Lautsprecher riefen „Hier spricht die Volkspolizei“, entzog man ihnen aus der Menge mit einem kesseln „Wir sind das Volk“ das Mandat. (Stadler 2004)

aber unsere Gesellschaft negieren“.<sup>11</sup> Noch im Oktober titelte diese größte Zeitung im Bezirk: „Werktätige des Bezirks fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden“, Die Angehörigen der Kampfgruppe „verurteilen, was gewissenlose Elemente seit einiger Zeit in der Stadt veranstalten [...] Wir sind bereit und willens, das von unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss mit der Waffe in der Hand.“<sup>12</sup>

Um dies zu verhindern, wandte sich neben den „Leipziger Sechs“ auch der Arbeitskreis Gerechtigkeit an die Demonstrierenden und die Sicherheitskräfte. Man druckte ein Flugblatt, auf dem in gesperrten Letter „Wir sind ein Volk“ stand und darunter „Gewalt unter uns hinterlässt ewig blutende Wunden“. Im Interview sagt der Arbeitskreissprecher Thomas Rudolph, dass man deutlich machen wollte, „dass diejenigen, die zwangsweise gerade beim Militär waren, jetzt in der Gefahr standen, gegen die Bevölkerung vorzugehen, letztlich auch auf der Seite der Demonstranten standen.“ Ziel war es also, einen Brücke zu den Sicherheitskräften zu schlagen, damit sie sich solidarisieren. Die Doppeldeutigkeit zur Wiedervereinigung wurde in Kauf genommen.

20.000 Flugblätter wurden gedruckt. Der Appell wurde in der Nikolaikirche verlesen und der bundesrepublikanischen Deutschen Presseagentur DPA zugespielt. Doch im Nachhinein müsse man feststellen, dass der Satz „gar nicht funktioniert hat. Er ist nicht zum Stichwort geworden, das jemals gerufen wurde“, sagt Oliver Kloss vom Arbeitskreis Gerechtigkeit. Das bestätigen auch Monika Keller vom Leipziger Archiv Bürgerbewegung, Bernd Lindner vom Zeitgeschichtlichen Forum oder Reiner Tetzner, der Autor des Buches „Leipziger Ring – Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten.“<sup>13</sup>

Zwei Tage nach dem Mauerfall griff die Bild-Zeitung den Spruch auf. Sie schrieb „Wir sind das Volk“ rufen sie heute – ,Wir sind ein Volk‘ rufen sie morgen.“ Der damalige Chefredakteur Hans-Herrmann Tietje erinnert sich, dass für die Redakteure damals schon klar war, dass die Wiedervereinigung bald folgen würde. Dabei war sie noch gar nicht Tenor der offiziellen Politik.

In der Bundes-CDU drängte man darauf, das Thema Wiedervereinigung zu besetzen. Man entwickelte einen Aktionsplan, um die Meinungsführerschaft zu übernehmen. Laut Öffentlichkeitsarbeitschef Peter Radunski sei in einer internen Runde am 16. November die Idee geboren, ein Plakat mit dem Ausspruch „Wir sind ein Volk“ herzustellen – der Weiterentwicklung des Satzes „Wir sind das Volk“, wie er auf den Demonstrationen in der DDR immer häufiger gerufen wurde. Schon am 18. November seien die ersten Aufkleber der CDU mit Deutschlandflagge und der Aufschrift „Wir sind ein Volk“ verteilt worden sein. Nach internen Aufzeichnungen seien in einer ersten Auflage 100.000 Aufkleber, kurz darauf noch einmal 300.000 Stück gedruckt worden sein. Dazu fast 13.000 gleich beschriftete Plakate. Ab Mitte Januar wurden sogar die Werbeplakate der Ost-CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Lothar de Maizère so überschrieben.<sup>14</sup>

Die Recherchen der beiden Journalisten Vanessa Fischer und Siegfried Stadler zeigen, dass diese verkürzte Konstruktion eine Projektion der Nachwendezeit sind. Auch wenn die Begriffe zunächst in anderen Zusammenhängen aufgetaucht sind: Die Wandlung, wofür sie im kulturellen Gedächtnis stehen, ist historisch belegt und zutreffend – von der Forderung nach Erneuerung der DDR zur Forderung nach Wiedervereinigung.

---

<sup>11</sup> Otto 1989

<sup>12</sup> Zitiert in: Bahrmann/Links 1994: Seite 16

<sup>13</sup> Stadler 2006

<sup>14</sup> Fischer 2005

## Rückschau: BRD und DDR und die Deutsche Einheit

Der Einheitsgedanke ist im November 1989 beiderseits der bröckelnden Mauer kein neuer gewesen. Er hat eine komplexe Vorgeschichte, die ich nur kurz anreißer. Ausführlich beschäftigen sich zum Beispiel Manuela Glaab in ihrem Essay „Einstellungen zu deutscher Einheit“ oder Werner Maibaum mit seiner „Geschichte der Deutschlandpolitik“ mit dem Gegenstand.

In der Bundesrepublik stand eine Wiedervereinigung nie außer Frage. In der Präambel des Grundgesetzes war verankert, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.<sup>15</sup> Dennoch rückte eine Wiedervereinigung mal mehr und mal weniger auf die politische Agenda. Bei allen Bundesregierungen hatte sie in den deutschlandpolitischen Zielkatalogen ihren festen Platz. Während der Adenauer-Zeit wurde die Spaltung Deutschlands von weiten Teilen der Westdeutschen als „unerträglicher Zustand“ empfunden. 80 Prozent der Bundesbürger stimmten laut Umfrage des Deutschen Instituts für Volksumfrage (Divo) für eine Wiedervereinigung. Nach Konrad Adenauers Politik der Westbindung setzte Willy Brandt auch die Annäherung mit dem Osten. Die Generation der Nachgeborenen arrangierte sich mehr und mehr mit der Teilung. Sie hat sie als selbstverständlich wahrgenommen. Für die politische Linke war die DDR sogar ein positiv konnotiertes Gegenbild zur bundesrepublikanischen Gesellschaft. Doch selbst in den Achtziger Jahren, als die staatliche Einheit längst nicht mehr im Mittelpunkt der deutschlandpolitischen Rhetorik stand, sprach sich die Mehrheit der Bundesbürger für eine Wiedervereinigung aus.<sup>16</sup>

9/23

Als im Spätherbst 1989 die Stimmen nach Wiedervereinigung laut wurden, war diese Option auch auf ostdeutscher Seite kein neu erfundenes Szenario. Bis zum Sturz Walter Ulbrichts 1971 stand sie auch hier auf der politischen Agenda der DDR. Die „Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands“ und damit die „umfassende Verwirklichung des Sozialismus“ war „unverrückbares Ziel“<sup>17</sup>. Wenngleich die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die Militärbündnisse 1955 und der Mauerbau 1961 die Teilung die eigenständige Fortentwicklung zweier Länder manifestierten.

Doch wie aus einer Aktennotiz hervorgeht, habe der KPdSU-Parteichef Leonid Breschnew bereits 1970, dem späteren Ulbricht-Nachfolger Erich Honecker mit auf den Weg gegeben: „Es gibt keine Einheit zwischen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen Bundesrepublik [...] Westdeutschland ist im Verhältnis zur DDR wie jeder Dritte, jeder andere Staat Ausland“.<sup>18</sup> Damit war die politische Stoßrichtung vorgegeben. Dennoch: Bei einer Umfrage des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED sprachen sich 1972 nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten für eine Abgrenzung beider Länder aus.<sup>19</sup> Auch die offizielle Politik setzte auf Entspannung und akzeptierte nun die Existenz zweier Staaten: Stichworte sind der Grundlagenvertrag 1972/73, Schlussakte von Helsinki 1975 oder der Deutschlandvertrag 1980.

Unter den Ostdeutschen hatte sich die Propagierung einer eigenen „DDR-Nation“ „nie so richtig durchgesetzt“, schreibt Stefan Bollinger. Im Familienkreis war die Zusammengehörigkeit erlebbar. Nach Jakobs-Krönung-Kaffee duftende Westpakete im Wert von jährlich 45 Milliarden D-Mark wurden von hüten nach drüben geschickt. Retour kam zu Weihnachten ein Ostpaket mit Dresdner Christstollen. Damit fiel die Idee der Wiedervereinigung im Spätherbst 1989 auf fruchtbaren Boden.

---

<sup>15</sup> Grundgesetz 1987: Seite 10

<sup>16</sup> Glaab 1999: Seite 307ff.

<sup>17</sup> Bollinger 1999: Seite 256ff.

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd.

## Die Akteure und ihre Positionen

Das „Neue Deutschland“ titelte in seiner Sonderausgabe zum 7. Oktober 1989: „Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch in Zukunft das Werk des ganzen Volkes sein“.<sup>20</sup> Das sollte sich in den nächsten Monaten bewahrheiten – aber anders als gedacht. Denn „das Volk“ ging auf die Straße, um seine DDR zu verändern.

Mit dem Mauerfall war in jedweder Hinsicht der Damm gebrochen. Die deutsch-deutsche Grenze, die 28 Jahre lang die Welt in zwei politische Hemisphären teilte, war durchlässig geworden. Günter Schabowski hatte leichtfertig vor der Presse die unausreichend abgestimmten Bestimmungen eines neuen Reisegesetzes verkündet. Da Befehle von oben fehlten, mussten die Grenzbeamten in der Nacht vom 9. zum 10. November dem Druck der Masse an den Übergangsstellen nachgeben.

Nun begann der Wendepunkt in der Wende. Denn jetzt schlich sich rasch die Frage der Wiedervereinigung auf die politische Tagesordnung. Obwohl dafür die Bürgerbewegung der DDR gar nicht gekämpft hatte. Die Logik der Ereignisse trieb fast unabwendbar auf die deutsche Einheit zu.

10/23

Es ist davon auszugehen, dass die politischen Akteure in Ost-Berlin und in Bonn das Meinungsbild auf der Straße beeinflussen. Deshalb betrachte ich im Folgenden die Positionen von Hans Modrow mit seiner Vertragsgemeinschaft, Helmut Kohl und seinem Zehn-Punkte-Programm, einer gespaltenen westdeutschen Opposition sowie der „Für unser Land“ kämpfenden Bürgerbewegung genauer.

### Hans Modrow: Vertragsgemeinschaft

Vier Tage nach dem Mauerfall, am 13. November, wählte die Volkskammer Hans Modrow zum neuen Ministerpräsidenten der DDR. Innert weniger Tage bildete er eine neue Regierung. Er genoss einen großen Vertrauensvorsprung. Schließlich war er schon im Oktober bemüht um den Dialog mit oppositionellen Gruppen. Innerhalb der SED galt er als „Reformer des sozialistischen Systems“ und Anhänger Gorbatschows Perestroika-Kurs. Nur wenige Tage im Amt veröffentlichte die Berliner Zeitung eine Meinungsumfrage wonach er der beliebteste Politiker in der DDR sei.<sup>21</sup> Bei einer Forsa-Umfrage hielten ihn 90 Prozent der Befragten für den wichtigsten Politiker in der DDR.<sup>22</sup>



Abbildung 2: Mitte Januar nennen neun von zehn Befragten bei einer Forsa-Umfrage Hans Modrow den wichtigsten Politikern in der DDR.

<sup>20</sup> Bahrmann/Links 1990: Seite 7

<sup>21</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 153

<sup>22</sup> [http://www.chronik-der-wende.de/\\_/dokumente/umfrage\\_jsp/key=x36.html](http://www.chronik-der-wende.de/_/dokumente/umfrage_jsp/key=x36.html)

Trotz der Vorschusslorbeeren erfuhr Hans Modrow auch Kritik: Weil er nicht alle Köpfe in seinem Kabinett austauschte, weil er zunächst an der Staatssicherheit festhielt und das Ministerium ‚nur‘ in ein Amt für Nationale Sicherheit umwandeln lies, und weil er Anfangs am Runden Tisch die Oppositionsparteien ausbremste.

Modrows deutschlandpolitisches Ziel war eine erneuerte DDR. Er stellte am 17. November in der Volkskammer seine „Regierung des Friedens und des Sozialismus“ vor. „Grundanliegen ist eine neue sozialistische Gesellschaft, in der die Bürger ihre Hoffnungen und ihre Selbstbestimmung verwirklichen können“, sagte er. Dabei kündigte der neue Ministerpräsident einschneidende Reformen an. Die beiden deutschen Staaten sollten ihre „Verantwortungsgemeinschaft“ mit dem „Ziel guter Nachbarschaft“ und „kooperativer Koexistenz“ zu einer „Vertragsgemeinschaft“ ausbauen, die weit über die bisherigen Vereinbarungen hinausgehen sollte. Spekulationen über eine Wiedervereinigung erteilte er eine Absage.<sup>23</sup>

Mit dem Vorschlag „Vertragsgemeinschaft“ ging die neue DDR-Regierung ins Rennen. Während Bonn noch diskutierte, hatte Ost-Berlin damit bereits einen Plan. Doch Modrows Plan war kein neues, ganzheitliches Konzept, viel mehr eine Kurskorrektur. Zudem war sie viel kleiner, als diejenige, die Bonn anderthalb Wochen später einschlug.

11/23

### **Helmut Kohl: Zehn-Punkte-Programm**

Die Bundesregierung geriet unter Druck, kein Konzept zum Umgang mit der entstanden Situation zu haben. Dem wollte Helmut Kohl mit einem eigenen Vorstoß entgegensteuern – einem Alternativkonzept zu Modrows Vertragsgemeinschaft. Also traf er sich mit ausgewählten Freunden und Beratern am 23. November konspirativ im Kanzlerbungalow. Auf der Agenda stand die „Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit“. Man wollte die Meinungsführerschaft erlangen.<sup>24</sup> Bereits am 28. November, stellte er zur Überraschung vieler Parteikollegen und des Koalitionspartners FDP im Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm vor. Als politisches Ziel der Bundesregierung unterstrich der CDU-Kanzler die rasche „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands.“

Helmut Kohl betrachtet die Entwicklungen als Chance, die „Teilung Europas und damit auch unseres Vaterlands“ zu überwinden. Er sagt, „wir werden jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren“. Dabei bezeichnet er den Aufbruch, „den wir heute erleben“ als „Verdienst der Menschen, die ihren Freiheitswillen so eindrucksvoll demonstrieren“ und versucht den Menschen auf der anderen Seite der brüchigen Mauer aus dem Herzen zu sprechen.<sup>25</sup>

Mit seinem Zehn-Punkte-Programm und dem Bekenntnis zur Wiedervereinigung hatte sich Helmut Kohl gegenüber dem Ausland, gegenüber den Bundestagsparteien, der DDR-Regierung und den Oppositionsgruppen weit nach vorn gewagt. Schließlich waren nicht alle von einer baldigen Wiedervereinigung ausgegangen oder überzeugt. Noch war die Situation offen.

Aber Helmut Kohl legte ein mutiges, weitgehendes, in sich geschlossenes Angebot auf den Tisch. Damit bot er den Demonstranten in den ostdeutschen Städten eine mögliche Perspektive. Die Billigung aus Moskau hatte er. Gorbatschow nannte bereits Mitte November die Wiedervereinigung Deutschlands eine „innerdeutsche Angelegenheit“. Damit machte er klar, dass die Sowjetunion eine solche akzeptieren würde.

---

<sup>23</sup> Lehmann 2002: Seite 379

<sup>24</sup> Hintergründiges über Vorbereitung in Bonn und positive Signale aus Moskau in: Teltshik 1993 und Von Plato 2003

<sup>25</sup> Grünberg 1994: Seite 76ff.

## **SPD: Zögernd, inkonsequent, gespalten**

Zwar war es West-Berlins SPD-Bürgermeister Walter Momper, der bei einer Kundgebung am 10. November vor dem Schöneberger Rathaus bejubelt wurde. Mit seinem Satz „Gestern Nacht war das deutsche Volk das glücklichste Volk auf der Welt“ traf er die Stimmungslage. Und Bundeskanzler Kohl erntete Pfiffe. Dennoch war es die CDU, der es gelang, das Thema Wiedervereinigung zu besetzen: Damit trat sie politisch und kommunikativ von der Defensive in die Offensive hinüber.

Der SPD-Politiker Egon Bahr wollte der DDR nun erst einmal Ruhe gönnen. Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine wollte einen Kollaps der DDR-Wirtschaft und politische Komplikationen mit den vier Siegermächten des 2. Weltkriegs vermeiden. Um DDR-Bürger zu bewegen, in ihrer Heimat zu bleiben, schlug er Wirtschaftshilfen für die DDR vor und riet, den Zuzug in die Bundesrepublik administrativ zu begrenzen. Der SPD-Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel warf ihm vor: „Die bauen Mauern ab, und Du versuchst, sie aufzurichten“.<sup>26</sup> Im Vorfeld der Märzahlen 1990 wiederholte Oskar Lafontaine immer wieder: „Die D-Mark zum 1. Juli in der DDR ist ein schwerer Fehler, weil sie Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben wird.“<sup>27</sup>

Die Sozialdemokraten zögerten, blieben inkonsequent und in sich gespalten – obwohl nach sieben Jahren Kohlregierung die Zeichen in Richtung Regierungswechsel deuteten. Stattdessen versuchten sie sich durch einen Alternativkurs zur schnellen Einheit zu profilieren.

12/23

## **Bürgerbewegung: Für unser Land**

Helmut Kohls Vorstoß wurde von den Intellektuellen in der DDR abgelehnt. In einem offenen Brief kritisierte eine Gruppe um das Deutsche Theater Berlin, der Kanzler solle sich nicht zum „Trittbrettfahrer unserer Reformbewegung“ machen.<sup>28</sup> Am 29. November druckte das „Neuen Deutschland“ den Aufruf „Für unser Land“ ab, den drei Tage zuvor unter anderem die Schriftstellerin Christa Wolf, die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe, die Rocksängerin Tamara Danz und der Schriftsteller Stefan Heym unterschrieben haben. Er beschrieb die aktuelle Situation der Krise und mahnte, dass „nur wenig Zeit bleibt, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluss zu nehmen“. Zwei Wege zeichnete er auf: Zum eine „eigenständige DDR mit einer sozialistischen Gesellschaft“ zu entwickeln. Oder die DDR durch „einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik“ ausverkaufen und vereinnahmen zu lassen.<sup>29</sup>

Bemerkenswert: Statt positiv konnotiert die kreativ gestaltbare Zeit der Erneuerung herauszuarbeiten, zeichnen die Formulierungen des Aufrufs ein negatives Bild der Krise. Über eine Million DDR-Bürger signierten den Aufruf an den nächsten Tagen. Doch er spaltete das Land in Befürworter und Gegner. Auf den Montagsdemonstrationen kam es immer wieder zu verbalen aber auch handgreiflichen Auseinandersetzungen. Es war die „Wende während der Wende“.

## **Platznehmen am Runden Tisch**

Immer seltener traf man die eigentlichen Initiatoren der Bürgerbewegung auf der Straße. Ihr Wirken verlagerte sich von draußen nach drinnen in öffentliche Säle zu Foren, Gremien und Ausschüssen. Kurz nach Modrows Amtsantritt berichtete die „Aktuelle Kamera“ vom SED-Vorschlag, einen Zentralen Runden Tisch zu initiieren. Am 7. Dezember wurde er in Ost-Berlin bereits Wirklichkeit. Hier saßen sich gleich verteilt mit 19 zu 19 Stimmen alte und neue Kräfte gegenüber: Die nun umbenannte SED/PDS, die Blockparteien, die Initiativen und Parteien der Bürgerbewegung, aber auch der FDGB, die Bauernhilfe-Vereinigung und ein sorbischer Vertreter.

---

<sup>26</sup> Der Spiegel 51/1989: Seite 81

<sup>27</sup> Bollinger 1999: Seite 265

<sup>28</sup> Bollinger 1999: Seite 270

<sup>29</sup> Abgedruckt in: Lindner 2001: Seite 118. Kommentiert u.a. in: Grünberg 1994: Seite 77f.

Heftig wurde gestritten, abgewogen und ausgearbeitet – fast 100 Beschlüsse in 16 wöchentlichen Sitzungen. Aber erst mit der Zeit etablierte sich der Runde Tisch zum Politik gestaltenden Forum. Hans Modrow behandelte ihn zunächst nur als Konsultations- erst später auch als Kontroll- und Mitwirkungs-gremium.<sup>30</sup> Statt unten auf der Straße zu stehen, saßen die Bürgerrechtler nun am gleichen Tisch neben den, wenn auch verjüngten, SED/PDS-Funktionären. Bis vor wenigen Wochen waren sie noch Widersacher. Es wurde heftig debattiert, aber im Grunde verfolgten alle Teilnehmer am Tisch ähnliche Ziele: Die Erneuerung des Landes. Wo waren nun die Unterschiede zwischen ihnen und der neuen SED/PDS? Ihre Ziele unterschieden sich nur noch marginal.

Die Bürgerbewegung hatte die wichtigsten ihrer Ziele vom Anfang dieses heißen Herbstes erfüllt:<sup>31</sup>

- Die alte Regierung war gestürzt, ZK und Politbüro waren zurückgetreten und ausgetauscht
- Die SED akzeptierte eine pluralistische Parteienlandschaft und die Volkskammer strich die Führungsrolle der Partei aus der Verfassung
- Sie waren dort angelangt, wo sie Politik gestalten und Einfluss ausüben konnten
- Die Staatssicherheit musste ihre Arbeit einstellen und die Akten offen legen
- Neuwahlen nach einem neuen Wahlgesetz waren angesetzt
- Die Umgestaltung der DDR auf den Weg gebracht.

13/23

Bemerkenswertes Dilemma: Mit der Erfüllung ihrer Ziele wurde die Bürgerbewegung ihres Meinungsmonopols beraubt. Machte sie sich damit obsolet?

### **Verlust des politischen Einflusses**

Das vereinende Moment der Bürgerbewegung war die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Lange Zeit war politischer Protest gegen die SED-Führung Minderheitensachen. Die Mehrheit schwieg. Die meisten Menschen suchten ihren individuellen Ausweg in der Flucht in die innere Immigration oder emigrierten wenn möglich in die Bundesrepublik. Unter den „Hierbleibern“ wuchs unterdessen die Bereitschaft zum Protest. Auf den Straßen wurden sie immer mehr und sich ihrer eigenen Kraft bewusst. Das schweißte zusammen.

Als diese die ersten Ziele erreicht wurden, begann die Bürgerbewegung zu bröckeln. Es zeigte sich, wie diffus die Vorstellungen der Demonstrierenden waren. Die Opposition war zersplittert. Wöchentlich gründeten sich neue Gruppen. Wo waren ihre Unterschiede? Nicht immer waren ihre unterschiedlichen Ziele und Programme auch aus ihren Namen abzulesen, wie bei der Grünen Liga, der Grünen Partei, dem Unabhängigen Frauenverband. Aber was unterschied die den Demokratischen Aufbruch von Demokratie Jetzt? Am meisten profiliert und bekannt gemacht hatte sich bis jetzt das Neue Forum. Den meisten anderen Gruppierungen fehlte oftmals ein „Gesicht“. In den Regionen waren sie nicht verankert – in den Kleinstädten gab es wiederum eigene Initiativen.

Klar ausformulierte, ganzheitliche Alternativkonzepte zur Umgestaltung der Gesellschaft in allen wichtigen Bereichen konnte die Opposition nicht vorlegen. Stattdessen war sie mit ihrer Selbstorganisation beschäftigt. Der DDR-Korrespondent Matthias Geis beschreibt die Situation in der „Tageszeitung“ so: „Der vehemente Umbruch der letzten Wochen hat die internen Meinungsverschiedenheiten und die unzureichenden Strukturen der Bürgerbewegungen eher verdeckt. Zum Beispiel hatte das Neue Forum auch zwei Monate nach seiner Gründung noch keinen legitimierten Sprecherrat. Die inhaltlichen Reformvorstellungen waren breit gefächert, aber in keinem Punkt klar ausgearbeitet.“<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> Bollinger 1999: Seite 247ff.

<sup>31</sup> Lindner 2001: Seite 103ff.

<sup>32</sup> Geis 1989

Werner Fischer von der Initiative Frieden und Menschenrechte beschreibt es so: „Wir waren nicht in der Lage, die Sache konzeptionell und personell in die Hand zu nehmen. Das ist umso bedauerlicher, als in dieser Zeit tatsächlich die Macht auf der Straße lag.“ Die Bürgerbewegung verlor an Boden, obwohl sie auch nach dem Mauerfall an allen wichtigen Stationen immanent beteiligt war: Besetzung der MfS-Zentralen (ab 4. Dezember), Platznehmen am Runden Tisch (7. Dezember) oder die zweite Regierung Modrows (ab 28. Januar).<sup>33</sup>

Bernd Lindner fasst die Gründe für den Verlust des politischen Einflusses auf den Umgestaltungsprozess so zusammen: die hochgradige Spezialisierung und das Fehlen feingliederiger, territorialer Strukturen.<sup>34</sup> Karl-Dieter Opp spricht von einer „spontanen Revolution“ der Bevölkerung, da die Bürgerbewegung selbst nicht ausreichend organisiert war, den Wendeprozess zu koordinieren.<sup>35</sup>

### **Zwischenfazit: Wirkung**

Orientierungslos, verunsichert und überfordert müssen sich die DDR-Bürger gefühlt haben bei so einer ungekannten Vielzahl von Meinungen. Zwar war die DDR auf dem Papier kein Ein-Parteien-Staat, aber die Blockparteien traten gemeinsam mit der SED als „Nationale Front“ zu den Wahlen an. Echten Parteienpluralismus gab es nicht. So dass die Vielzahl neu entstandener politischer Möglichkeiten eher irritierend als befreiend gewirkt haben muss. Und alle buhlten um Gunst.

Wie sah sie aus, die „sozialistische Alternative“? Ein reelles Bild des Dritten Weges war nicht zu sichtbar und anfassbar. Das Bild der Nachbarstaaten im Ostblock, die sich bereits auf den Weg in einen reformierten, modernisierten, liberalisierten Sozialismus gemacht hatten, war noch viel zu undeutlich, unzureichend und von Problemen des Transformationsprozesses geprägt.

Dem gegenüber bot Helmut Kohl eine klare, vorstellbare Alternative. Wenngleich sein Angebot gewagt und mutig klang. Statt in einer zwar gesellschaftlich erneuerten aber wirtschaftlich ruinierten DDR weiter mit Entbehrungen leben zu müssen, funkelte von der anderen Seite der Mauer der Glanz der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft. Nicht mehr nur das West-Fernsehen zeichnete Tag für Tag ein Bild vom Leben jenseits der Mauer. Inzwischen konnte diese Vorstellung auch durch eigenes Erleben vor Ort abgeglichen werden – und wurde auf den ersten Blick bestätigt. Mit den Westfahrten wurden vielen DDR-Bürgern die enormen Unterschiede erst wirklich deutlich.

---

<sup>33</sup> Zitiert aus: Lindner 2001: Seite 117f.

<sup>34</sup> Lindner 2001: Seite 60

<sup>35</sup> Opp 1993: Seite 123

## Neue Demonstrierende in den Straßen

Nachdem mit dem Mauerfall der Damm gebrochen war, hatten die Demonstrationen Mitte November ihren Zenit überschritten. Höhepunkt war die Kundgebung vom 4. November 1989 in Berlin. Dort standen eine halbe Million Demonstrierende auf den Alexanderplatz – so viele wie zu keiner anderen Demonstration während der Wende. Zwar kamen noch weit über 100.000 Menschen Montag für Montag auf den Leipziger Ring, aber es wurden stetig weniger. Die Forderungen wandeln sich: Statt Transparenten zur Erneuerung „Wir sind das Volk“ wird der Ruf nach Wiedervereinigung „Deutschland, einig Vaterland“ laut. Grund: Das Personal änderte sich. Die ersten Demonstranten der ersten Herbstwochen bewiesen, dass Risiken nicht zu befürchten und Veränderungen möglich waren. Nun wurden auch die eher unpolitischen Bürger mobilisiert.

Im Oktober und Anfang November gingen eher Studenten, junge Intellektuelle, Menschen alternativer Szenen auf die Straßen. Die MfS-Bezirksbehörde Erfurt studierte die soziale Zusammensetzung der Mitglieder des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs. Jeweils ein Drittel seien „Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter“ sowie „Angehörige der Intelligenz“. Zahlreiche Personen seien Mitglieder der SED oder Blockparteien. Die Hälfte der Teilnehmer sei 25 bis 40 Jahre alt. Dabei ist festzustellen, dass sich der Anteil von Personen über 25 Jahren weiter erhöht. Ähnliche Untersuchungen brachten ähnliche Ergebnisse. Außerdem waren die Mitglieder höchst motiviert, sich in den politischen Gestaltungsprozess einzubringen: 84 Prozent waren bereit, themenbezogen mitzuarbeiten. Die ebenso frisch gegründete Vereinigte Linke (VL) hatte gar keine Arbeiter unter ihren 1.500 Mitgliedern.<sup>36</sup>

15/23

Pfarrer und kirchliche Mitarbeitende .....	30 %
Angehörige der Intelligenz .....	30 %
Arbeiter .....	13 %
Studenten .....	10 %
Angestellte .....	8 %
25 bis 40 Jahre .....	50 %
16 bis 25 Jahre .....	30 %
über 40 Jahre .....	20 %

*Tabelle 1: Zusammensetzung der Mitglieder des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs. Untersuchung der MfS-Bezirksbehörde Erfurt.*

Nun sind sitzen sie in den Führungsgremien der Oppositionsgruppen, in unabhängigen Ausschüssen und an Runden Tischen. Stattdessen kommen die Arbeiter auf die Straße. Überwiegend seien es männliche Arbeiter und Angestellte zwischen 25 und 55 Jahren gewesen.<sup>37</sup>

Wie sehr sich das Blatt wendete, wird am folgenden Beispiel deutlich: „Am 4. Dezember wurde der Leipziger Sprecher des Neuen Forums auf der Montagsdemonstration für seine Bitte ausgepiffen, Plakate mit der Forderung nach Wiedervereinigung zu Hause zu lassen. Wenige Wochen zuvor hatte er selbst noch die alte Führungsriege ausgepiffen.“<sup>38</sup>

<sup>36</sup> Dornheim 1995.

<sup>37</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 189f., Lindner 2001: Seite 114.

<sup>38</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 166

Offenkundig wurden die entgegen gesetzten Interessen und damit der Riss durch die Gesellschaft auch bei einer Kundgebung in Berlin am 9. Dezember. Wissenschaftler und Künstler luden unter dem Motto „Vorausdenken und Handeln, damit es eine Zukunft gibt“ in den Lustgarten. Die meisten Redner sprachen sich für die Erneuerung aus. Der Schriftsteller Stefan Heym mahnte zur Besonnenheit: „In dem Maße, wie die Spaltung Europas überwunden werde, erübrige sich auch die Spaltung Deutschlands.“ Ihm gegenüber wehte ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer. Die Vereinigungsbefürworter riefen ihm zum, er solle verschwinden.“<sup>39</sup>

Bei Befragungen unter den Demonstranten sank der Sympathiewert des Neuen Forums von 70 Prozent Anfang November auf 47 Prozent Anfang Februar. Dem gegenüber stieg der Sympathiewert des vereinigungsorientierten Demokratischen Aufbruchs von 58 Prozent Anfang Dezember auf 63 Prozent im Januar. Auf den Demonstrationen hatte nun die Bürgerbewegung den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit überschritten. Nur noch jeder Zehnte Teilnehmer war im Dezember noch Mitglied einer basisdemokratischen Gruppe.<sup>40</sup>

Etwas später warnt Stefan Heym in der „Jungen Welt“, dass die Wahl nicht an der deutschen Frage entschieden werden dürfe. „Das wäre nämlich die Wahl zwischen dem Hertie-Schaufenster und unserem Konsumladen – und wie diese Entscheidung jetzt ausfiele, ist klar. Die DDR-Bevölkerung muss den Kapitalismus erst kennenlernen, um zu wissen, was sie da erwartet. Jener Teil, der vor einem halben Jahr hinüberging, weiß schon wesentlich mehr. Kapitalismus ist nicht allein das Begrüßungsgeld.“<sup>41</sup>

16/23

Anders als in Polen oder Ungarn stand offenbar die Mehrzahl der DDR-Bürger nicht hinter den Bürgerrechtlern und die Bürgerrechtler wiederum waren nicht ausreichend mit den DDR-Bürgern verbunden. Karl-Dieter Opp bemerkt: „Die Opposition in der DDR entwickelte sich nicht nach dem bekannten „Schneeballprinzip“, das heißt, von wenigen Revolutionären ausgehend zu einer Massenbewegung. Denn die wenigen Revolutionäre blieben auch im Herbst 1989 unter sich.“<sup>42</sup>

Stefan Bollinger gibt folgende Einschätzung: Die Reisefreiheit war Synonym für eine Gesellschaft mit westlichem Wohlstand. „Sie war Maßstab vieler DDR-Bürger als höchste Stufe des Möglichen – nicht ein erneuerter Sozialismus in fortwährendem Mangel.“ Es war die Erwartung an die Wirtschaft auf die Höhe des internationalen Fortschritts und der wirtschaftlichen Effizienz zu gelangen. Statt sich weiter auf die Rückständigkeit und den Schlandrian der zwar sozialangenehmen aber nicht mehr leistungsfähigen DDR-Wirtschaft einzulassen.<sup>43</sup>

---

<sup>39</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 168f.

<sup>40</sup> Lindner 2001: Seite 114

<sup>41</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 184, 189

<sup>42</sup> Opp 1993. Seite 69

<sup>43</sup> Bollinger 1999: Seite 312f.

## Zustimmung für die Wiedervereinigung

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die Zahl der Vereinigungsbefürworter wächst zusehends. Die Meinungsumfragen zeichnen – mit einigem Auf und Ab – eine klare Tendenz.

Eine am 24. November veröffentlichte Umfrage Berliner Soziologen zeigt, dass nur noch 30 Prozent der befragten DDR-Bürger mit der Erneuerung ihres Landes Hoffnungen verbanden. Eine Woche zuvor waren es noch 48 Prozent. Dies bestätigt, wie die Euphorie nach der Grenzöffnung verflieg. In der Erläuterung heißt es, vielen sei der Abstand zwischen beiden Ländern er jetzt bei eigener Inaugenscheinahme richtig bewusst geworden und somit auch die Vielfalt der bevorstehenden Schwierigkeiten. Noch traute ein Drittel der Befragten der neuen Modrow-Regierung die Bewältigung der Probleme zu: Ein weiteres Drittel traute es ihm nicht mehr zu.<sup>44</sup>

Künftige Entwicklung der DDR	15.11.1989	26.1.1990
Reformierter Sozialismus	86 %	55 %
Kapitalistischer Weg	5 %	30 %
Dritter Weg	9 %	13 %

17/23

*Tabelle 2: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig fand heraus, dass sich immer weniger Befragte für die Erneuerung aussprachen.*

Wird Erneuerung gelingen?	31.10.1989	5.12.1989
Bestimmt	31 %	30 %
Wahrscheinlich	55 %	43 %
Wahrscheinlich nicht	12 %	21 %
Auf keinen Fall	2 %	5 %

*Tabelle 3: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig verdeutlicht, wie die Zahl der Reform-Optimisten sinkt, und die der Erneuerungs-Pessimisten steigt.*

Vereinigung DDR-BRD	20.11.1989	Sofortige Vereinigung?	5.1.1990
Sehr dafür	16 %	Ja	31 %
Eher dafür	30 %	Nein	32 %
Eher dagegen	29 %	Unentschieden	16 %
Sehr dagegen	25 %	Keine Angabe	21 %

*Tabelle 4: Auch wenn bei beiden Untersuchungen des Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig unterschiedlich gefragt wurde, verdeutlichen sie die Tendenz: Wachsende Zustimmung zur Wiedervereinigung.*

Die Zahl der Erneuerungs-Befürworter sinkt, die der Vereinigungs-Befürworter steigt. In Unterschiedlichen Studien unterschiedlich schnell. Die Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig sehen auch im Januar noch eine Mehrheit für einen reformierten

<sup>44</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 133f.

Sozialismus. Nach einer Umfrage der Leipziger Volkszeitung vom 11. Dezember sprachen sich etwa drei Viertel der Befragten für die Wiedervereinigung aus.<sup>45</sup>

Von den „Brüdern und Schwestern“ aus der Bundesrepublik kamen positive Signale über die Mauer gefunkt: Das ZDF-Politbarometer zeigt, dass auch hier Monat für Monat die Zustimmung für eine Wiedervereinigung bei den Befragten kontinuierlich wächst.<sup>46</sup>

ZDF-Politbarometer vom	20.11.1989	27.12.1989	4.2.1990	1.3.1990
Für Vereinigung	70 %	74 %	78 %	82 %
Gegen Vereinigung	16 %	15 %	14 %	11 %
Gleichgültig	13 %	11 %	8 %	7 %

*Tabelle 5: Das ZDF-Politbarometer zeigt, dass die Zustimmung zur Wiedervereinigung in der Bundesrepublik kontinuierlich wächst.*

18/23

Am 18. Dezember fand die letzte Leipziger Montagsdemonstration im Jahre 1989 statt. Als „Stillen Abschluss“ hatten sich die Organisatoren etwas Besonderes überlegt: Die Demonstranten sollten ihre Spruchbänder zu Hause lassen. Stattdessen zogen sie zu einem Gedenkmarsch für die Opfer von Gewalt und Unterdrückung während 40 Jahren stalinistischer Herrschaft über die breite Ringstraße. Gleichzeitig erklangen alle Kirchenglocken in der Innenstadt. In den anderen Städten wurde wieder für die Wiedervereinigung demonstriert. Und die CDU verteilte fleißig ihre „Wir sind ein Volk“-Aufkleber.

### **Entscheidung gefallen: Dresden und Brandenburger Tor**

Einen Höhepunkt erfuhr das „Referendum mit den Füßen“ als am 19. Dezember als Helmut Kohl zu seinem ersten offiziellen Besuch zu Hans Modrow nach Dresden kam. Bereits am Flughafen wurde er von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt. Während er die Gangway hinab stieg und etwas entfernt Modrows versteinerte Miene sah, habe er zu Kanzleramtschef Rudolf Seiters neben sich gesagt: „Die Sache ist gelaufen“<sup>47</sup>. Die Tageszeitung „Taz“ kommentierte das Treffen der Regierungschefs so: „Wohl selten spiegelte sich das Verhältnis zweier Staaten so treffend in der Physiognomie seiner beiden Regierenden wieder: ein Koloß von Kohl, der sich strahlend mit ausladenden Armbewegungen durch die jubelnde Menge schiebt, und ein schwächlicher, sorgenvoll dreinblickender Modrow, dem wenig anderes übrig bleibt, als im Kielwasser seines mächtigen Amtskollegen hinterher zu schwimmen, aber dennoch auf den eigenen Schwimmkünsten zu bestehen.“<sup>48</sup>

Nach dem Vier-Augen-Gespräch mit Hans Modrow und der Pressekonferenz im Kulturpalast am nächsten Tag, skandieren Tausende auf dem Platz vor der Frauenkirch-Ruine skandierten „Deutschland, Deutschland“. Der Besuch aus dem Westen hat offenbar Hoffnungen geweckt. „Verschwindend klein war das Grüppchen, das sich traute, die DDR-Fahne zu schwenken“, berichtet die „Taz“.<sup>49</sup> Die wichtigsten Verhandlungsergebnisse waren Reiseerleichterungen für

<sup>45</sup> Görtemaker 2001. Seite 30

<sup>46</sup> [http://www.chronik-der-wende.de/\\_/dokumente/umfrage\\_jsp/key=05okt.html](http://www.chronik-der-wende.de/_/dokumente/umfrage_jsp/key=05okt.html)

[http://www.chronik-der-wende.de/\\_/dokumente/umfrage\\_jsp/key=03.html](http://www.chronik-der-wende.de/_/dokumente/umfrage_jsp/key=03.html)

<sup>47</sup> Kohl 1996. Seite 213f.

<sup>48</sup> Gaserow 1989b

<sup>49</sup> Gaserow 1989a

DDR-Bürger, Wegfall von Zwangsumtausch und Visapflicht, wirtschaftliche Zusammenarbeit über die geplante Vertragsgemeinschaft hinaus und die Öffnung des Brandenburger Tores wenige Tage später.<sup>50</sup>

Symbolträchtig war schließlich die Berliner Silvesterfeier auf beiden Seiten des Brandenburger Tors. Öffentlichkeitswirksam wurde am 22. Dezember das Symbol von zuvor Teilung und nun Einheit geöffnet. Es ist gerade anderthalb Monate her, dass die DDR-Bürger die Mauer zu Fall brachten. Bemerkenswert: Auf dem in die Geschichtsbücher eingegangenen Foto der politischen Redner unter Regenschirmen stehen rund um Hans Modrow fast ausschließlich westdeutsche Politiker vor dem Tor: Kohl, Seitz, Genscher, Graf Lambsdorff, Momper und Diepgen.

Am 31. Dezember feierten etwa 100.000 Menschen ausgelassen den Jahreswechsel und den Beginn einer neuen Epoche. Unter dem Feuerwerk wurden die westdeutsche Nationalhymne gesungen und Deutschlandfahnen geschwenkt. Nur eine umgestürzte Videoleinwand trübte die Euphorie. Der Weg schien klar aufgezeichnet: Die Bilder und Stimmen nach einer Wiedervereinigung bestimmten die Berichterstattung.

19/23

### **Weg zur Einheit geebnet**

Bereits im Dezember begannen sich die Parteien zu positionieren: Wiedervereinigung oder Erneuerung. Als erste Gruppe sprach sich der Demokratische Aufbruch am 3. Dezember für die Deutsche Einheit aus. Am gleichen Tag unterstreicht die SDP (später SPD) zwar für die Einheit der Nation aber in Form einer Konföderation. Etwas später stellte „Demokratie Jetzt“ einen „Dreistufenplan der nationalen Einigung“ vor. Der Forderung nach einer schnellen Vereinigung wollten sie ein langfristiges Konzept entgegensetzen.<sup>51</sup>

Der Wahlkampf hatte begonnen – Mit Unterstützung aus dem Westen. Die konservative „Allianz für Deutschland“ aus CDU, Demokratischem Aufbruch und DSU, die ostdeutsche SPD, der liberale „Bund freier Demokraten“ und das Bündnis aus Grüner Partei und Frauenverband bekamen finanzielle, organisatorische, ideelle und kommunikative Wahlhilfe von ihren „Schwesterparteien“. Bis auf letztem genannten Bündnis standen sie alle für eine Vereinigung – neben der politischen Färbung macht das Tempo der Einheit macht den Unterschied.

Einen Monat nach der eindrucksvollen Silvesterfeier und nachdem die Bundesrepublik ein weit reichendes Vertragsangebot unterbreitete, knickte Hans Modrow ein: Er präsentierte überraschend seinen Plan „Für Deutschland, einig Vaterland!“. Dort sprach er sich aus für „die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer deutschen Föderation oder eines deutschen Bundes durch Wahlen in beiden Teilen der Konföderation.“ Ein einheitliches Parlament solle zusammentreten, das eine einheitliche Verfassung und eine einheitliche Regierung mit Sitz in Berlin beschließt. Nun war alles nur noch eine Frage der Geschwindigkeit.<sup>52</sup>

Der Ausgang der ersten und letzten freien Volkskammerwahlen am 18. März ist bekannt. Der Wahlsieger „Allianz für Deutschland“ mit der CDU als Partner leitet die Verhandlungen über einen Einigungsvertrag ein. Die Vorbereitung einer Währungs- und Wirtschaftsunion hat längst begonnen. Ebenso die Gespräche auf außenpolitischer Ebene (Zwei plus vier). Schließlich stimmte die Volkskammer dem Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 zu.

---

<sup>50</sup> Lehmann 2002: Seite 395

<sup>51</sup> Bahrmann/Links 1994: Seite 161ff., 189.

<sup>52</sup> Bollinger 1999: Seite 260ff.

## Fazit: Wirkung zweier Modelle

Die Arbeit zeigt, wie sich der Wandel von „Wir sind *das* Volk“ zu „Wir sind *ein* Volk“ auf den Straßen der DDR vollzogen hat – vom Ziel einer erneuerten DDR im Oktober 1989 bis zum Wunsch nach einem wiedervereinigten Deutschlands im Dezember 1989. Die Arbeit offenbart aber auch, dass die beiden Losungen heute mehr eine verkürzte Projektion der Nachwendezeit sind. Der Ausspruch „Wir sind ein Volk“ war am 9. Oktober noch ein Appell an die Zusammengehörigkeit der Demonstrierenden und der Sicherheitskräfte als DDR-Bürger. Für die Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Staaten stand er erst später. Wann, ist nicht mehr genau zu verorten. Sicher ist aber, dass sich während der Demonstrationen die Hymnenzeile „Deutschland, einig Vaterland“ durchgesetzt hatte.

Mit dieser Arbeit wird deutlich, wie nach dem Dambruch Mauerfall die Forderungen auf der Straße wechselten. Hintergrund ist, dass die Demonstrierenden andere sind. Die Protestumzüge blieben friedlich – nachdem 40. DDR-Geburtstag griffen die Sicherheitskräfte kaum noch ein. Damit zeigten die Bürgerrechtler, dass sie für ihr Engagement keine staatlichen Sanktionen mehr befürchten mussten. So wurden auch die eher unpolitischen Menschen mobilisiert. Und die Bürgerrechtler wanderten von der Straße in die Säle und engagierten sich mit der Arbeit in Ausschüssen. Auf der Straße liefen nun die Arbeitenden.

20/23

Anders als in Polen oder Ungarn waren die Bürgerrechtler zu wenig mit der DDR-Bevölkerung verbunden. Statt den Wendeprozess anzuführen blieben sie unter sich. Es gelang ihnen nicht, das Machtvakuum nach dem Rücktritt der alten Führungsriege zu füllen. Die Fachliteratur beschreibt die Bürgerbewegung als zu sehr zergliedert und nicht ausreichend organisiert.

Als sie am Runden Tisch Platz nahmen, saßen die Bürgerbewegten mit ihren früheren Widersachern an einem Tisch. Ihre ursprünglichen Forderungen waren dann oft schon erfüllt. Nun kämpfte man für das gleiche Ziel: Eine erneuerte DDR. Die Streitpunkte lagen nur noch in den Feinheiten der unterschiedlichen Ausgestaltung des Zieles. Die Bürgerbewegung hatte damit ihr Meinungsmonopol eingebüßt. Sie hatte nur noch korrigierende und kontrollierende Funktion.

In der Analyse gibt es verschiedene Blickrichtungen: Nicht nur die eingeschränkte Rolle der Bürgerbewegung, sondern auch die Vorstellungen der späteren Demonstrierenden und den ihnen angebotenen Visionen. Zwei Tendenzen kristallisierten sich heraus: Die DDR mit neuen Vorzeichen und die Wiedervereinigung. Als Ergebnis dieser Arbeit gehe ich von unterschiedlichen Wirkungen dieser Visionen auf die DDR-Bevölkerung aus. Natürlich vermitteln Gespräche mit Zeitzeugen ganz differenzierte und individuelle Argumentationen im Für-und-Wider. Auf übergeordneter Ebene lässt sich folgendes zusammenfassen:

**Reformierte DDR:** Dieses Bild muss kaum vorstellbar gewirkt haben, war sehr abstrakt und konnte kaum veranschaulicht werden: Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion waren mit großen Problemen und wirtschaftlichen Rückschritten behaftet. Ebenso die Reformprozesse in Polen und Ungarn. Als Beleg für die Unsicherheit steht die immer wieder zitierte Forderung der Straße „Keine Experimente“. Ein neuer Sozialismus wurde nicht als gesellschaftlicher Fortschritt gewertet.

Die Oppositionellen stammten meist aus Kreisen des intellektuellen Mittelstands. Ihre abstrakten, akademisierten Ideen, Werte und Ziele werden nicht diejenigen eines durchschnittlichen DDR-Bürgers gewesen sein.

Eine zu erneuernde Republik hat ein Moment der Schwäche als Ausgangsbasis. Die Wirtschaft der DDR liegt am Boden. Das Land war zahlungsunfähig. Das beschrieb bereits Gerhard Schürer<sup>53</sup> kurz nach dem Rücktritt Honeckers in einem geheimen Dokument im Politbüro. Allein um die weitere Verschuldung zu stoppen, hätte der Lebensstandard um 30 Prozent gesenkt werden müssen. Auf die finanzielle Hilfe aus der Bundesrepublik war man angewiesen. Hätte man im Westen ebenso geduldig die „Schwestern und Brüder“ im Osten unterstützt beim Aufbau ihrer alternativen, aber nach wie vor sozialistischen Gesellschaft? Heute wissen wir, trotz milliardenschwerer Investitionen hat Ostdeutschland die höchsten Arbeitslosenzahlen im Land.

Weder Bürgerbewegung noch SED-Reformer waren konzeptionell und personell-organisatorisch in der Lage, sich dauerhaft an die Spitze des Aufbegehrens und der Suche nach einer neuen Gesellschaft zu stellen. Das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit in der DDR konnten sie nie richtig gewinnen. Sie konnten immer nur defensiv wirken und war außenpolitisch kaum verankert. Man war nicht in der Lage, diese Vision zu vermitteln – ganz anders die Befürworter eines geeinten Deutschlands.

Das Szenario **Wiedervereinigung** war vorstellbar und fassbar. Man ging davon aus, dass das sich Leben in Ostdeutschland nach einiger Zeit wie das Leben in Westdeutschland darstellen würde. Und wie es sich in der Bundesrepublik lebt, transportierte Tag für Tag das „West-Fernsehen“. Wie sich die Marktwirtschaft anfühlt, konnten die DDR-Bürger seit dem 9. November selbst erleben und ihr Bild aus dem Fernsehen mit der eigenen Wahrnehmung abgleichen.

21/23

Die Vision der Wiedervereinigung hatte ein Moment der Stärke. Die Wirtschaft der Bundesrepublik florierte. Schon damals war das Land Exportweltmeister. Das politische System schien zu funktionieren. Die von der sozialistischen Berichterstattung propagierten Nachteile wie die soziale Versorgung rückten in den Hintergrund. Ein Zusammengehen versprach Sicherheit, bot Perspektive und stand für Fortschritt.

Starke Partner hatten die Befürworter: Parteien und Verbände aus dem Westen. Der Kanzler selbst hatte sich die Vereinigung auf die Fahne geschrieben. Zielsicher trat er nach innen und außen auf. Denn er wusste, er muss sein Programm nicht nur innenpolitisch, sondern auch nach außen implementieren. Mit der Zeit konnte Helmut Kohl alle vier Alliierten überzeugen. Es muss wie ein Rund-um-Komplettpaket gewirkt haben, bei dem es leicht war, sich dafür zu entscheiden.

In einem Essay in der Wochenzeitung „Zeit“ kommt der Bürgerrechtler Jens Reich zu der Einschätzung „Wir hatten andere Fragen beantwortet, als die Wähler gestellt haben.“<sup>54</sup> Die Wende während der Wende von „Wir sind *das* Volk“ zu „Wir sind *ein* Volk“ bis hin zur zehn Monate späteren Vereinigung erscheint unter diesen Gesichtspunkten geradezu vorgeschrieben.

---

<sup>53</sup> Bollinger 1999: Seite 250.

<sup>54</sup> Reich 1995

## Chronik wichtiger Ereignisse<sup>55</sup>

- Mo., 4. September 1989: offiziell erste Mo.sdemonstration in Leipzig
- Sa., 7. Oktober 1989: 40. Jahrestag der DDR mit Protestdemos, die gewaltsam aufgelöst werden.
- Mo., 9. Oktober 1989: **Mo.sdemonstration** geht gewaltfrei aus, „Aufruf der Leipziger Sechs“
- Mi., 18. Oktober 1989: Erich Honecker tritt zurück, Egon Krenz wird Nachfolger
  
- Sa., 4. November 1989: **größte Protestdemonstration** in der Geschichte der DDR in Ost-Berlin
- Di., 7. November 1989: Rücktritt der Regierung der DDR
- Do., 9. November 1989: **Mauerfall**
- Mo., 13. November 1989: Volkskammer wählt Hans **Modrow zum neuen Ministerpräsidenten**
- Sa., 18. November 1989: Vereidigung der neuen Koalitionsregierung unter Hans Modrow
- Di., 28. November 1989: Helmut Kohl verkündet **Zehn-Punkte-Plan**
  
- Fr., 1. Dezember 1989: Volkskammer beschließt die Streichung der Führungsrolle der SED
- So., 3. Dezember 1989: ZK und Politbüro der SED treten endgültig zurück
- Mo., 4. Dezember 1989: Besetzung der Stasi-Zentrale in Leipzig
- Do., 7. Dezember 1989: in Berlin tritt erstmals der Zentrale Runde Tisch zusammen
- Sa., 16. Dezember 1989: Die CDU der DDR formiert sich neu, die Partei Demokratischer Aufbruch orientiert sich konservativ, die SED gibt sich den neuen Namen SED- PDS
- Di., 19. Dezember 1989: **Helmut Kohl besucht Dresden**
- Fr., 22. Dezember 1989: Öffnung des Brandenburger Tores
- So., 31. Dezember 1989: **Silvesterfeier am Brandenburger Tor**
  
- Fr., 12. Januar 1990: Hans Modrow verzichtet auf den Aufbau eines Verfassungsschutzes
- Sa., 13. Januar 1990: Bundesdeutsche Politiker befürworten öffentlich eine „deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion“
- Mo., 15. Januar 1990: Erstürmung der Zentrale der Staatssicherheit in Berlin
- So., 21. Januar 1990: Zuspitzung der Krise der SED- PDS. Dresdens populärer Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer erklärt mit 39 weiteren Parteimitgliedern seinen Austritt.
- Do., 25. Januar 1990: Die CDU zieht ihre Minister aus der Regierung zurück
- Di., 30. Januar 1990: Die Vereinigung der Deutschen werde niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen, erklärt der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow.
  
- Do., 1. Februar 1990: Reisegesetz tritt offiziell in Kraft
- Mo., 5. Februar 1990: Bildung einer „**Regierung der Nationalen Verantwortung**“, in der acht Vertreter der Gruppen und Parteien am Runden Tisch Ministerposten ohne Geschäftsbereich erhalten
- Mi., 7. Februar 1990: Bundesregierung bildet den Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“
- Di., 13. Februar 1990: Besuch einer DDR-Regierungsdelegation in Bonn. Bildung einer gemeinsamen Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion vereinbart
- Di., 20. Februar 1990: Volkskammer verabschiedet Wahlgesetz für Wahlen am 18. März
  
- Do., 1. März 1990: Gründung der Treuhandgesellschaft
- Mi., 14. März 1990: Beginn der 2+4- Verhandlungen
- So., 18. März 1990: erste freie und geheime **Volkskammerwahlen**, Sieger „Allianz für Deutschland“

22/23

---

<sup>55</sup> Grundlage: Chronik der Wende [http://www.chronik-der-wende.de/\\_wendepunkte](http://www.chronik-der-wende.de/_wendepunkte), ergänzt

# Literatur

## Quellen, Aufzeichnungen

- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Stand März 1987. Bonn, 1987.
- Daniela DAHN: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit. Berlin, 1996.
- Helmut KOHL, Kai Diekmann, Ralf Georg Reuth: Ich wollte Deutschlands Einheit. Berlin, 1996.
- Egon KRENZ: Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution. Berlin, 1990.
- Horst TELTSCHIK: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin, 1993.

## Zeitungsbeiträge, Hörfunkfeatures

- Vanessa FISCHER: Wir sind das Volk. Die Geschichte eines deutschen Rufes. Hörfunk-Feature 28.9.2005 auf Deutschlandradio Kultur. Nachzulesen unter <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/421151>.
- Vera GASEROW 1989a: Kohlsches Bad in schwarz-rot-goldener Menge. In: Die Tageszeitung, Ausgabe 2992, 20.12.1989.
- Vera GASEROW 1989b: Hilfe Kohl. In: Die Tageszeitung, Ausgabe 2993, 21.12.1989.
- Matthias GEIS: Nach Polen und Ungarn jetzt die DDR. In: Die Tageszeitung, Ausgabe 2970, 24.11.1989.
- Rudolf OTTO: Ws trieb Frau A. K. ins Stadtzentrum? In: Leipziger Volkszeitung, 25.6.1989.
- Jens REICH: Der schwarze Riese steigt. 18. März 1990: Die erste und letzte freie Volkskammerwahl der DDR. In: Zeit. 12/1995.
- Siegfried STADLER: Wir sind das Volk. Der gute Ruf von Leipzig. Erschienen in: Süddeutsche Zeitung 2.10.2004. [www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/446/40406/article.htm](http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/446/40406/article.htm).

23/23

## Darstellungen

- Peter ALTER, Eberhard Rumpf: „Wir sind das Volk!“ – Der Weg der DDR zur deutschen Einheit. München, 1994.
- Hannes BAHRMANN und Christoph LINKS: Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990. Berlin, 1999 (überarbeitete Neuauflage).
- Andreas DORNHEIM: Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90. Weimar/Köln, 1995.
- Manfred GRÖTEMAKER: Beginn der Deutschen Einigung. In: Informationen zur politischen Bildung. Der Weg zur Einheit. Ausgabe 250. Bonn, 2001.
- Hans-Hermann HERTLE: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November. Berlin, 1998 (7. überarbeitete Auflage).
- Karl-Rudolf KORTE und Werner Weidenfeld (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Bonn, 1999 (aktualisierte und erweiterte Neuausgabe).
- Hans Georg LEHMANN: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn, 2002.
- Christoph LINKS: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Berlin, 2004.
- Bernd LINDNER: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn, 2001.
- Werner MAIBAUM, Geschichte der Deutschlandpolitik, Bonn 1996.
- Karl-Dieter OPP, Peter Voß und Christiane Gern: Die volkseigene Revolution. Stuttgart, 1993.
- Reiner TETZNER: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten. Frankfurt/Main, 1989
- Alexander VON PLATO: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bonn, 2003 (zweite, durchgesehene Auflage).
- Internetportal „Chronik der Wende“ [www.chronik-der-wende.de](http://www.chronik-der-wende.de) (besucht am 9. Januar 2007).